



Beachtenswert ist es auch, was die Frankfurterin über die Kurzbewegung am deutschen Industriemarkte sagt, die teilweise ungewöhnlich stark nach oben gerichtet ist. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt sehr richtig fest, daß diese Kurzbewegung durch erhebliche Käufe der Aktien deutscher Großunternehmen verursacht wird, daß sich dadurch eine Konzentrierung des Kapitals in raschem Tempo vollzieht. Ferner passen sich die Kurse der Aktien dem gesunkenen Geldwerte an, wobei allerdings unbeachtet bleibt, daß die deutschen Industriefaktoren durch Kapitalvermehrung ihren alten Charakter der Vorkriegszeit verloren haben und daß sie vielfach einen durch Kriegszugbau materiell herabgewirtschafteten Wert darstellen. Man hält sich aber an die materiellen Werte, die gegenüber der Papierflut noch bedeutend höher geschätzt werden.

Als ein weiterer Grund des Marktrückganges wird von einem holländischen Mitarbeiter des Lokalanzeigers (vom 23. Sept.) die Tatsache angeführt, daß der freie Handel große Nahrungsmittelbestellungen in Erbsen, Bohnen und Speck gemacht hat. „Der beste Beweis hierfür“, schreibt der Korrespondent des Lokalanzeigers, „ist die ungewöhnlich scharfe Kaufs- und Verkaufsbewegung in Erbsen und Bohnen. Soweit hiesige Frachtkreise informiert sind, handelt es sich um Ankäufe in Höhe von drei Millionen Mark.“ Weiter bemerkt der gleiche Korrespondent, daß die deutschen Operationen etwas zu spät durchgeführt seien und um 20 Prozent teurer sind, als sie sein könnten. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nicht diese Tatsache, sondern das, daß die plötzlichen großen Ankäufe einen starken Rückschlag auf dem Devisenmarkt ausübten, was doch wohl zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Einkäufe sich regelrechter vollzogen hätten. Die freie Wirtschaft hat also ihre Rückseite und macht sich so bemerkbar für den Verbrauch durch die hohen Preise für die Allgemeinheit, durch Herabdrückung des Kaufes des deutschen Geldes. Schon der erste Kursturz im Beginn dieses Jahres war durch ungewöhnlich große Ankäufe von Luxusgegenständen und Zigaretten verursacht. Inzwischen sind die Lehren dieses Kursturzes wiederum vergessen worden und die freien Einkäufe wurden erlaubt. Die Folgen sind auch nicht ausgeblieben.

3. Die Marktlage.

Zur Charakteristik der Marktlage lassen wir folgende Auszüge aus dem „Berliner Börsen-Courier“ folgen:

Über die Lage des Ruhrkohlenmarktes berichtet der „Börsen-Courier“ in Nr. 446 vom 23. September 1920: Im laufenden Monat hat die Kohlenförderung im Ruhrbezirk eine leichte Verringerung erfahren, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Beteiligung der Bergarbeiter an den vereinbarten Überprüfungen wieder stärker geworden ist und überhaupt keine besonderen Störungen der Arbeit durch Unruhen und Streiks eingetreten sind. Im dritten Vierteljahr 1920 wird voraussichtlich eine Kohlenförderung von über 2,6 Millionen Tonnen erreicht werden, gegen 41,02 Millionen Tonnen im ersten Halbjahr 1920. Diese geringe Kohlenförderung fällt aber gegenüber der Kohlenknappheit, welche durch die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa herbeigeführt worden ist, kaum ins Gewicht. Unter diesen Umständen wird die Kohlenknappheit immer größer. Die in der Industrie vielfach noch vorhandenen getrockneten Vorräte sind inzwischen aufgebraucht und infolgedessen mehrten sich die Betriebsstörungen und -einsparungen wegen Kohlenmangels.

Die Versuche, anstatt Steinkohlen Braunkohlen zu verwenden, werden in immer weiterem Umfange durchgeführt. Auch die Firma Krupp beschäftigt in einem Teil ihrer Betriebe Braunkohlen zu verwenden. Verschiedentlich wird in der Industrie sogar schon der Bezug amerikanischer Kohle erwogen. Früher kaum bemerkbare Abfallerscheinungen, wie Schlammkohle u. dergl., sind heute stark gefühlt und die Versuche zur Verwertung von Abfallprodukten erregen naturgemäß großes Interesse. Selbst die Verwertung der geringen Kohlenmengen auf den Steinhalben der Bechen ist vielfach in Angriff genommen worden.

In den nächsten Tagen wird auch die Frage einer Erhöhung der Kohlenpreise wieder akut werden. Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat bereits Ende Juli eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise beantragt, die einschließlich eines Betrages zur Schaffung von Bergarbeiterheimstätten von 14 M pro Tonne auf 25 M bemessen war. Die 14 M pro Tonne für den Bergarbeiterwohnungsbaue sind dadurch hinfallen geworden, daß die Regierung erklärte, einen Kredit von 300 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Im übrigen hat aber auch der Reichskohlenverband dem Antrag des Syndikats insoweit stattgegeben, als er eine Erhöhung der Kohlenpreise um 9 M beschloß, die aber bisher nicht eingetreten ist, weil das Reichswirtschaftsministerium diese Preis-erhöhung nicht genehmigt hat. In den bisherigen Verhandlungen der Bechensbesitzer mit den Bergarbeitervertretern spielte die Frage einer Kohlenpreiserhöhung infolge einer wesentlichen Rolle, als die Bechensbesitzer zunächst erklärten, ohne eine entsprechende Preis-erhöhung der seit Ende Juni gewährten Reichszuschüsse zu den Bergarbeiterlöhnen von 4,50 M pro Schicht, den das Reich nicht mehr genehmigen wollte, nicht übernehmen zu können. Erst nach dem man auf Seiten der Bechensbesitzer, keine neuen Lohn erhöhungen für die Bergarbeiter bewilligen zu können, wenn nicht die Kohlenpreise entsprechend erhöht würden. Schließlich führten die Verhandlungen zwischen Bechensverband und Bergarbeiterorganisationen aber zu dem Ergebnis, daß die Bechensbesitzer für den Monat August den früheren Reichszuschuß selbst tragen. Am haben inzwischen die Bergarbeiterverbände den im Ruhrbezirk bestehenden Lohnrat gebittet, nach jedem eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um durchschnittlich 6 M pro Schicht ab 1. Oktober. Aber diese Forderungen werden nun in den nächsten Tagen Verhandlungen aufgenommen werden, die zweifellos zu einem neuen Antrage des Syndikats auf Erhöhung der Kohlenpreise führen werden, so daß das Reichswirtschaftsministerium Ende dieses oder Anfang nächsten Monats erneut vor der Frage der Bewilligung einer Preis-erhöhung für Kohlen stehen wird.

Aber den internationalen Eisenmarkt berichtet der „Börsen-Courier“ vom 24. September 1920: Es wagt sich auf allen Märkten größte Zurückhaltung bemerkbar. Was die Situation auf den einzelnen Märkten anbelangt, so ist vor allem auf die Vereinigten Staaten hinzuweisen, wo das Geschäft, ausgehend von dem plötzlichen Konjunkturumschwung in der Automobilindustrie, sehr an Lebhaftigkeit nachgelassen hat. Man glaubt allgemein, daß einseitiges der amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt trotz zahlreicher Stellen entgegengeht, ist andererseits aber der Auffassung, daß es sich um eine vorübergehende Ruhepause handelt, in der die jetzt vorhandenen Vorräte zum größten Teil in den Verbrauch übergeben werden. Man ist der Ansicht, daß nach Erlebigung der Präsidentenwahl, die in diesem Jahre infolge der Ungewißheit des Wahlergebnisses ganz besonders zur Zurückhaltung mahnen, eine Belebung des Geschäftes eintreten wird, um so mehr, als man der Meinung ist, daß sich noch vollkommener Vergleich der amerikanischen Ernte auch eine Entspannung auf dem Weltmarkt zeigen wird. Der englische Arbeitermarkt war naturgemäß beeinflusst von der englischen Arbeiterbewegung. Während jedoch größere Ruhe verhältnismäßig erge gezeigt war, wogte es die Forderungen nicht, Anträge auf höhere Löhne zu geben, und auch die Werk waren bei der Annahme bereit, Danks sehr geschäftlich und in hohem Maße zufrieden die Anerkennung der Streikmittel seitens der Arbeitgeber. Naturgemäß war unter diesen Umständen Ruhe für den Export an europäischen Kupfermarkt nicht zu haben.

Am deutschen Eisenmarkt war das Geschäft still, was besonders Befürchtungen anregte, daß infolge des immer höherer werdenden Geschäftsganges in der deutschen Kupferindustrie der deutschen Eisenindustrie weitere Rückschläge nicht expect bleiben dürfte.

Die industriellen Eisenmärkte sind in den letzten Tagen unter dem Eindruck ausgebreiteter politischer Streiks, die der Industrie um so unangenehmer sein müssen, als der Bedarf im Inland ziemlich ungeheuer ist. Die handelsliche, belgische und luxemburgische Industrie haben im allgemeinen keinen Grund zur Sorge. Bei der französischen Eisenindustrie kommt als unangenehmer Punkt der hinzu, daß sich trotz der Aussicht einseitigen bezüglichen Kupferlieferungen und der von Höhe zu Höhe weiter fortgeschrittenen Kupferknappheit der westeuropäischen Kupferindustrie jetzt wieder Kupferknappheit für bemerkbar zeigt, die

selbst durch Gewährung hoher Preise an das Ausland nicht völlig behoben werden kann.

Das die Wirtschaftslage auf dem Eisen- und Stahlmarkt auch in Amerika besorgsam ist, zeigt unter anderem die Tatsache, daß die Preise für Autos von dem amerikanischen Syndikat um 100 Pfund Sterling herabgesetzt worden sind. Das ist die erste Preisermäßigung in England für Autos seit dem Krieg. Auch der Automobilfabrikant Ford hat seine Preise ermäßigt, und zwar für Frachtautos um 14 Prozent und für kleine Autos um 31 Prozent.

Was die Lage auf dem Weltmarkt betrifft, so wird sie von einem Herrn M. M. im „Börsen-Courier“ vom 24. September 1920 wie folgt geschildert (Wir führen diese Schilderung mit Kürzungen an):

Die letzten Wochen haben auf dem Weltmarkt die Einwirkung der allgemeinen Abkühlung in nahezu allen Industriestaaten der Welt noch verstärkt. Wenn auch gerade in der allerjüngsten Zeit in einzelnen Ländern Europas der Einfluß des sinkens im Werte der betreffenden Währungen eine gewisse Inflations einzelner Zweige des Stahl bearbeitenden Gewerbes mit sich gebracht hat, so waren diese bisher nicht in der Lage, das allgemeine Bild wesentlich zu verschleppen, und es zeigt sich in der Hauptsache noch immer der gleiche ständige Abfall in dem Verbrauch sowie die mit ihm Hand in Hand gehende Bildung von Lagern in der ersten Hand und beim Handel, die man bereits seit langem beobachten kann.

Der gewaltige Aufpreis für Elektrolyt hat dazu geführt, daß man Kupfer in größeren Mengen elektrolytisch löst und es dann natürlich zu allen den Zwecken heranziehen kann, zu denen man sonst unmittelbar hergestelltes Elektrolyt benutzen kann.

Das scheint auch auf die Haltung der amerikanischen Kupfererzeuger nicht ganz ohne Einfluß geblieben zu sein. Bis kurz vor Schluß des August hielten diese wenigstens der Notiz nach an ihren Preisen fest, seitdem aber ist die Notiz zweimal heruntergesetzt worden und die großen Gruppen sollen nicht mehr auf ihrer Bedingung der Zahlung in Dollars bestehen. Wie es jetzt allerdings nach dem neuen scharfen Fall der europäischen Währungen steht, ist schwer zu sagen, im Augenblick dürfte ja die Amerikaner wenig Gelegenheit haben, Kupfer zu Preisen anzubieten, die wenigstens den am stärksten geschätzten europäischen Währungsständen die Möglichkeit des Kaufes lassen.

Sticht eigenartig haben sich die Verhältnisse am Zinnmarkt entwickelt. Schon seit einiger Zeit spielt ja dort China eine früher nie gesehene Rolle, die sogar soweit geht, daß nach englischen Fachberichten chinesisches 99prozentiges Zinn gerade zurzeit die Grundlage des Londoner Handels bildet, während für die früheren Standardorten, nämlich Straits, australisches und Bancazinn, große Aufschläge bezahlt werden. Das Eingreifen von Amerika, das gerade am Zinnmarkt eine recht erhebliche Rolle spielt, hat sich in den letzten Wochen ziemlich stoßweise vollzogen, so daß der Markt ebenfalls recht beträchtliche Schwankungen aufwies. Im ganzen sind auch hier eher mäßige Rückgänge zu verzeichnen, die allerdings erst dann vor Augen treten, wenn man sich des Rückganges im Werte der englischen Währung in der letzten Zeit bemußt bleibt (beständig bemerkt, nur mit diesem ist auch die Steigerung der Londoner Kupferpreise zu erklären, die sie in der jüngsten Zeit wieder nahe an 100 £ herangeführt hat).

Für die Lage des Zinnmarktes spielt Amerika augenblicklich kaum eine Rolle. Besonders in den letzten Wochen lagen die amerikanischen Forderungen, an denen die dortigen Gruppen bis zum Anfang September ebenfalls sehr festgehalten haben, erheblich über dem europäischen Notierungen, so daß Amerika als Abgeber nicht in Betracht kam. Dagegen war das Festland wie London ziemlich dauernd als Abgeber im Markt. Und das ist auf die Preise nicht ohne Einfluß geblieben. Andererseits hat die englische Erzeugung nicht sehr günstig abgeschnitten und es ist in letzter Zeit wieder ein Wert völlig zum Erliegen gekommen.

Nicht unberücksichtigt scheint dagegen Amerika am Bleimarkt als Käufer aufzutreten zu sein. Die Preise dieses Metalls, ganz besonders die amerikanischen, zeigen auch bis in die letzte Zeit hinein die unverhältnismäßige Festigkeit gerade dieses Marktes, sie ist im übrigen gerade in der allerjüngsten Zeit von dem Rückschlag abgelöst worden. Die Mengen, die Amerika in Europa erworben hat, sollen jedoch erst zum kleinsten Teil verschifft sein und in englischen Handelskreisen verspricht man sich von diesem Abschweimen einen besitzenden Einfluß auf den Markt.

Die minder wichtigen Metalle haben meist bei stillem Geschäft ihren Preis gut behaupten können. Ausnahmen bilden Antimon, das unter dem Einfluß ostasiatischer Angebots sehr stark gefallen ist, und Quecksilber, bei dem die Preise ebenfalls nicht unerheblich heruntergesetzt wurden.

Die geplante Eroberung der Gewerkschaften durch die dritte Internationale

Von Rudwig Müller (Hannover).

Die gegenwärtig erneut eintretende Spaltung der deutschen Arbeiterchaft zwingt die Klassenbewußten und ihre Organisation liebenden Kollegen zu einer gründlichen Prüfung der Gefahren der politischen Spaltung für die Gewerkschaften. Die Anhänger der dritten Internationale zielen nach Däumig und Siders „Auf- ruf an die Partei“ allerdings nicht auf eine Spaltung der Gewerkschaften hin, sie wollen sie nur „erobern“. Da wir aber doch einen nicht geringen Teil marxistisch geschulter Mitglieder in den Gewerkschaften haben, die sich also nicht „erobern“ lassen, so wird aus der geplanten Eroberung praktisch die Spaltung. Nun ist es aber nicht nur die Aufgabe der Gewerkschaften, die Mitglieder zu schulen für die Übernahme und Verwaltung der gesamten Produktion und ferner nicht nur im gegebenen günstigen Zeitpunkt ihre ganze Macht ins Feld zu führen, um die Überführung der Produktion in die Hände der Schaffenden durchzuführen, sondern vor allem auch durch tätigen, gehen Kampfes gegenüber dem übermäßigen Unternehmertum den Arbeitern die zum Leben notwendigen Existenzmittel zu erhalten und sie so überhaupt in den Stand zu setzen, kämpfen zu können für ihre Ziele. Wird aber auch nur ein denkender Arbeiter annehmen, daß nach einer Spaltung an eine Durchführung der zuletzt genannten Aufgabe, die die Erfüllung der beiden ersten erst ermöglicht, überhaupt noch zu denken ist? Und das angesichts der geschlossenen Phalanx des Unternehmertums?

Die Spaltung bedeutet also zunächst die völlige Unmöglichkeit einer jeden ernsthaften Tätigkeit der Gewerkschaften. Was wird aber der „eroberte“, angegriffene Teil der Kollegen noch viel wichtiger können gegen die wohlorganisierten Feinde des Proletariats? Ständen die Anhänger der dritten Internationale denn im Ernst, nur mit dem kleineren Teil der beruflich organisierten Arbeiterchaft und mit der den Klassen abgegrenzten Partei scheinbar zum Sozialismus zu gelangen als mit einer großen, selbstbestimmten Organisation, die trotz all ihrer Mängel doch immer im Bereich des Möglichen vieles geleistet hat für das Wohl der Arbeiterklasse und noch leisten wird? Wie ist dem Anhänger von Moskau nicht zu denken, daß ein be- fähigter Führer noch dem andern, die selbst bisher zu den thigen galten, von dieser bürgerlichen Kampfweise der Klassen abdrückt? Ist jener unbedingte bürgerliche Kampfmethode, dem gerade dadurch untergeordnet sich die bürgerliche Partei von der proletarischen, daß die letztere im gegebenen Gegensatz zu ersterer sich auf den Boden der gegebenen ökonomischen Verhältnisse stellt und danach ihre jeweiligen Maßnahmen einstellt.

Die gegenwärtige ökonomische Situation der Gewerkschaft verlangt aber getätigt von dem Proletariat, unter Stärke des Untergangs, einen Spaltung der Arbeiter in der Erkenntnis der ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und somit Vorbereitung der politischen Möglichkeit der Übernahme und dauernden Erhaltung der Macht über die Produktionsmittel, zwecklos trasse organisatorische Zusammenfassung aller Hand- und Kopferbeiter in großen Industrie- betrieben, dritten energische Zurückweisung jedes Angriffes von Seiten der Bourgeoisie gegen die Organisations- und die Lebens- haltung des Proletariats unter Vermeidung der jeweiligen Kampf-

bedingungen und mittels Einsetzung der ganzen Macht der Massenorganisation. Das ist die einzig mögliche Politik der Gewerkschaften im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung, die zugleich die spezifisch sozialistische, die marxistische ist und die allein nur zum Ziele führt. Bürgerliche Politik teilt man aber, wenn man, wie dies die Anhänger der dritten Internationale tun, seine Taktik im Kampf mit der Produktionsmittel vollständig einstellt in Anlehnung an ideologische Kombinationen, die zwar den besten Wünschen entspringen sein mögen und ihren Besten ganz ge- fangen nehmen, aber niemals zu verwirklichen sind, weil sie mit der realen Welt im Widerspruch stehen.

So würden zum Beispiel selbst für den Fall, daß die Mehrheit der organisierten Arbeiter dem Rufe nach Revolutionierung der Gewerkschaften im Sinne der Moskauer folgen würde, die Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes um die dauernde Macht über die Produktionsmittel durchaus keine günstigeren. Die Eroberung der politischen Macht und die zeitweilige Befreiung der großen Betriebe könnte wohl erfolgen, aber ist denn damit auch schon die Möglichkeit gegeben, die gesellschaftliche Produktion zu organisieren zum Wohle der Volksgesamtheit oder gar zu steigern? Ein solch kompliziertes Industriegebilde wie Deutschland ist nicht zwei Monate lebensfähig, ohne einen großen Stab von technisch, organisatorisch und volkswirtschaftlich gut durchgebildeter leitender Kräfte. Dieser industrielle Generalstab steht aber in Deutschland nicht auf dem Boden der dritten Internationale. Die Moskauer werden sagen: Die leitenden Kräfte werden wir schon zwingen, in unsere Dienste zu treten! Nichts wäre eine verfehltere Spekulation als diese Meinung: Mit der Sprache des Eisens und des Blutes, wie sie das Mitglied der gegenwärtig in Deutschland weilenden russischen Gewerkschaftsdelegation, L. S. J. S. J., auf dem deutschen Betriebsrätekongreß empfahl, kann man wohl eine Zeitlang ein Volk zu blindem Gehorsam zwingen, niemals aber die Klasse der Intellektuellen zu freudiger Mitarbeit erziehen. Diese würden wohl, dem äußeren Zwang gehorchend, zum Schein mitarbeiten, desto mehr aber im Geheimen eine gründliche Sabotage treiben, um dem von ihnen gestifteten Schlem ein baldiges Ende zu bereiten. Wie wollten denn die Proletarier, denen zum allergrößten Teil doch gründliche volkswirtschaftliche Kenntnisse fehlen, die Leiter von Bergwerken, Fabriken, Verkehrsanstalten darauf hin prüfen, ob sie auch wirklich nach bestem Wissen und Können arbeiten? Wenn aber in einem so hochentwickelten, empfindlichen Betriebe, wie es die deutsche Industrie darstellt, nicht jedes einzelne Mädchen der geistig und körperlich Schaffenden zum ungestörten Lauf des Ganzen mit seiner vollen Kraft beiträgt, dann muß das Werk zum Stillstand kommen trotz des besten Willens von einzelnen. Das Glend, das dann über die deutsche Arbeiterchaft hereinbrechen würde, ist gar nicht auszubedenken, wenn man nach alle anderen Begleiterscheinungen in Betracht zieht, die der Zusammenbruch der gesamten industriellen Produktion sowie des Verkehrswezens mit sich bringt in einem Staate, der nur zu einem Bruchteil sich von der eigenen Landwirtschaft ernähren kann.

Mit brutalem Zwang läßt sich wohl eine große Masse, wie im Kriege, eine Zeitlang für einen ihrem Interesse zuwiderlaufenden Zweck im Zaume halten, doch wo dauernd intensiv gesellschaftlich produziert werden soll, vermag diese Methode wie bei den alten Sklaven- und der Kriegsgefangenenwirtschaft im verfallenen Weltkriege. Nur vermittels einer gut durchdachten, auf lange Erfahrung gestützten Organisation läßt sich ein Erfolg erzielen, da wo Massen zu einem gemeinsamen Zweck zusammenwirken sollen. Denn was heißt denn organisieren anders, als Menschen zur Erzielung eines bestimmten Zweckes so zusammenzufassen, daß sie unter voller Wahrung ihrer eigenen Interessen doch dem Ganzen dienen. Drum sollte doch endlich dieser bürgerliche, verberberbringende Glaube an die Macht des Eisens und des Blutes, die noch immer in der Geschichte verlagert hat, aus den Köpfen der sozialistischen Arbeiterchaft verschwinden.

Diese bürgerliche Denkweise wird gestützt durch zwei Faktoren. Erstens durch den Umstand, daß wir alle Kinder sind einer Gesellschaftsordnung, deren eines ihrer Hauptmerkmale die ide- alistische Geschichtsauffassung ist, von deren Geist sich alle diejenigen noch leiten lassen, die den Geist der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht in sich aufgenommen haben. Der zweite Faktor, der die bürgerliche Denkweise in den Köpfen der Arbeiterchaft begünstigt, ist die allgemeine Not, verursacht durch den Krieg und verlängert durch die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Diese große körperliche und seelische Not steigert das Verlangen nach Erlösung von wirtschaftlichem und politischem Druck ins riesenhafte und gibt so den besten Boden ab für das Umsichgreifen von Ideen, die auf den ersten Blick zwar sehr geeignet erscheinen, das Glend radikal auszuwischen, die aber, einmal unter die kritische Lupe wissenschaftlicher Erkenntnis genommen, sich als leere Phrasen entpuppen.

Noch jede Partei, die sich in ihrer Taktik von falschen Ideologen hat leiten lassen, hat damit Fiasco gemacht. Ich erinnere nur an die anarchistischen Sekten. Und weil es bisher das Bürger- tum war, das die Macht der Idee an sich predigte, wenn es sich um gesellschaftswissenschaftliche Fragen handelte, so nennen wir diese Denkweise „bürgerlich“.

Man wird hier einwenden, daß die Bourgeoisie trotz der An- wendung einer unfruchtbaren Methode zur Macht gelangt ist und sie noch inne hat. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Bour- geoisie in der Gesellschaftswissenschaft zwar immer die Macht der reinen Idee gepredigt, aber in der Praxis meist sich strikte an die ökonomischen Verhältnisse gehalten und nur in letzteren Fällen gestieg hat. Ihren Siegeszug über die feudale Gesellschaft hat sie aber zum Teil dem Umstand zu verdanken, daß sie auf allen anderen Gebieten des Wissens offen und rückhaltlos die Methoden des historischen Materialismus anerkannte. So zum Beispiel in der Technik. Aber gerade weil die heutige Bourgeoisie aus Selbsterhaltungstrieb den historischen Materialismus in seiner Anwendung auf die Weiterentwicklung der heutigen Gesellschaft verwerfen muß, deshalb wird sie als Klasse untergehen müssen. Dies wird aber um so eher eintreten, je mehr die Arbeiterchaft durch Schulung in wissenschaftlicher Erkenntnis des gesellschaftlichen Organismus befähigt wird, ihre Kampfartikeln den gegebenen ökonomischen Verhältnissen anzupassen.

Aus der klaren Erkenntnis der Stellung der eigenen Klasse inner- halb der heutigen Gesellschaft muß aber auch die Betätigung einer den Klasseninteressen entsprechenden Moral entspringen. Diese soll dem Proletariat eine feste, inneren Halt geben bei der Erfüllung der gewaltigen Aufgabe, die ihm von der Geschichte übertragen worden ist, der Befreiung der Menschheit von der kultur- hemmenden, durch die wirtschaftliche Entwicklung überflüssig ge- wordenen Klassenenteilung der Menschen, worin doch die meisten Weiden ihren Ursprung haben. Wer aber offene Augen und Ohren hat, wird ausgeben, daß die Organisationskrise, die die deutsche Arbeiterchaft seit sechs Jahren erschüttert und den Feinden der Arbeiterchaft den Rücken stärkt, zum großen Teil in einem Mangel an gemeinsamen Klassenmoral ihre Nahrung findet.

Die Moral einer Klasse, aus den Klassenbedürf- nissen entstanden, wirkt fördernd zurück auf die Erfüllung dieser Bedürfnisse, indem sie den Klassenangehörigen gegenüber der feindlichen Klasse, in unserem Falle die Bourgeoisie, sowie gegenüber inneren Hemmungen die Kraft gibt, die eigenen, also die Klassen- interessen mit Erfolg zu vertreten. Sollen wir aber in den letzten Jahren in den Versammlungen, Betrieben, in der Presse usw. nicht eine Moral um sich greifen, die den Interessen der Arbeiterchaft gerade entgegengesetzt ist? In der Bedeutung eines einzigen Wortes liegt die Lösung der ganzen Arbeiterfrage: Einigkeit.

Diese Augen, die die ganze Kraft des Proletariats in sich birgt, fehlt den Proletariern am meisten. Wohl können in einer Klassen- bewegung zeitweise ernste Meinungsverschiedenheiten entstehen, die ein heftiges Auseinanderfallen der Anschauungen verursachen. Man sollte aber nicht verlangen dürfen, daß unter Arbeitern, die die Einigkeit

als erste proletarische Tugend anerkennen, diese Differenzen nicht in einer Form ausgetragen werden, die das gezielte Arbeiten und die Geschlossenheit der Organisation unmöglich macht.

Differenzen müssen ausgeglichen werden, gewiß, es muß stets Klarheit herrschen über den einschlagenden Weg; über der Klarheit darf aber die Geschlossenheit der Organisation nicht zugrunde gerichtet werden. Daß dies möglich ist, ist bewiesen durch die ersten Kämpfe, die in unserer Organisation ausgefochten wurden.

Wedenkt, Kollegen, daß ihr in euren Gegenrednern trotz aller Meinungsverschiedenheiten doch Klassenossen vor euch habt, die mit euch dasselbe Ziel verfolgen und die ihr so nötig braucht, wie sie euch brauchen, weil nun eben ohne geschlossene Massenorganisation das Proletariat nichts ausrichten kann. Wer mit den heiligsten Interessen der Arbeiterklasse fühlt und denkt, kann sich niemals zu solch geschäftigen, persönlichen Anwürfen hinreißen lassen, wie sie gegenwärtig innerhalb der Arbeiterklasse üblich sind.

Eine andere proletarische Tugend, deren Betätigung der Sieg des Proletariats bedingt, ist der Mut zur Wahrheit. Nicht halbeswegs Eingeweihten von eigenen Fehlern ist dringend geboten im Interesse der Höherentwicklung der Organisation. Wenn ein Kollege sich mal in der Wahl der Taktik geirrt hat und leidet, nachdem er seinen Irrtum erkannt, mutig wieder zurück auf den rechten Weg, so ist das eine Ehre und keine Schande für ihn. Er zeigt wenigstens, daß er selbständig denkt und ihm das Klasseninteresse höher steht als persönliche Eitelkeit. Und so muß jeder einzelne Kollege durch fleißige Übung im proletarischen Denken und in proletarischer Tugend sich soweit selbst erziehen, daß er nicht nur in rein materieller Beziehung den Namen Proletarier verdient, sondern daß diese Bezeichnung für ihn ein Ehrenname bedeutet. Nur wenn jeder Arbeiter in diesem Geiste handelt, wird das Proletariat jene organisatorische und moralische Überlegenheit bekommen, die allein imstande ist, die Macht der Bourgeoisie zu brechen.

Dem seien wir uns darüber klar, Kollegen: nur weil die Bourgeoisie organisatorisch dem Proletariat überlegen ist, hat sie noch die wirtschaftliche und somit auch die politische Macht in Händen. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind reif zum Aufbau des Sozialismus, aber die organisatorische Entwicklung des Proletariats hat mit der Entwicklung der Wirtschaft nicht gleichen Schritt gehalten.

An uns, Kollegen, liegt es, die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen für den Sieg des Sozialismus durch Stärkung und innere sowie äußere Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats. Nicht durch immer wieder erneutes Beginnen von vorne kommen wir weiter, sondern durch zähes, unermüdliches Weiterstreiten auf dem nun einmal als richtig erprobenen Wege. In diesem Sinne gilt heute mehr denn je Marx' internationaler Kampf: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

### Ungeheilte und Internationale

Am 29. September hat im Industriebeamtenhaus zu Berlin die große Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft freier Ungeheilter internationaler Stellung genommen. Nach mehrstündiger eingehender Debatte wurde das nachstehende Manifest angenommen:

Unter den Wirkungen des vom internationalen Kapitalismus entfesselten Weltkrieges ist in allen Ländern eine völlige Desorganisation und Verarmung der Wirtschaft eingetreten. Daraus wurde beim Fortbestehen der chaotischen kapitalistischen Privatwirtschaft — die wirtschaftliche Lage der nur von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft lebenden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt. Eine Beseitigung dieser Wirkungen ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Nur planmäßige gemeinwirtschaftliche Zusammenarbeit aller Völker kann einen Ausweg aus dieser Lage bringen. Die Friedensbedingungen der Verträge von Versailles und St. Germain, weit davon entfernt, eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Völker am Wiederaufbau Europas zu bieten, sind nur Ausdruck der ungeheuren imperialistischen Begierden der Bourgeoisie der absteigenden Staaten; ihre Beseitigung und ihr Ersatz durch ein Abkommen im Geiste der Menschlichkeit und des Völkervertriedens ist nur durch den einmütigen Willen des Proletariats der steigenden Staaten möglich. Nur durch einmütige geschlossene Aktionen der internationalen Arbeitnehmerschaft können alle Versuche, neue imperialistische Kriege zu entfesseln oder reaktionäre Staatsstreich abgewehrt werden.

Die freien Gewerkschaften der Rob- und Handarbeiter aller Länder bedürfen deshalb des festgeschlossenen, alleinstehenden internationalen Zusammenschlusses. Eine leistungsfähige Gewerkschaftsinternationale muß sich aus leistungsfähigen Landesorganisationen zusammenschließen. Nur diese verfügen über die erforderlichen Kenntnisse des sozialen Kräfteverhältnisses ihres Landes, um die in jedem Falle zweckmäßigsten Maßnahmen beurteilen, ergreifen und durchführen zu können. Sie müssen deshalb in ihren Entschliessungen autonom sein. Jede diktatorische internationale Zentralisation führt zur dogmatischen Erstarrung und zu praktischen Niederlagen. Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedern entgegenzunehmen. Es wäre deshalb ein unerträgliches Verhängnis für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen festgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften stehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. Die Entfesselung eines Meinungsstreites, wie er die politische Arbeiterbewegung zerrissen und gelähmt hat, wäre das Verhängnis für die gewerkschaftliche Betätigung. Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte ist als zerstückelnd und gewerkschaftschädlich abzulehnen.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerlässliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des 2. Kongresses der dritten kommunistischen Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihm keine Grundlage erblickt, auf der eine tragfähige, aktionsfähige, auf den Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlichen denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist. Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste dauernde organisatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Apparbeiter Band in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter, den Internationalen Gewerkschaftsbund, zu einer großen Internationalen aller Rob- und Handarbeiter der Welt auszubauen. Die Afa stellt deshalb an den Internationalen Gewerkschaftsbund den Antrag, die organisatorischen Voraussetzungen zur Bildung einer internationalen Einheitsfront aller freigewerkschaftlichen Rob- und Handarbeiter zu schaffen.

Angestellte und Arbeiter erkennen einen gemeinsamen Gegner, den internationalen Kapitalismus! Schafft die geschlossene Einheitsfront aller Rob- und Handarbeiter der Welt! In einer Spezialdebatte beschloß sich die Vertreterversammlung mit der von der 3. Internationale (Moskau) geplanten Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Das Ergebnis dieser Aussprache war die Annahme der folgenden Entschliessung:

„Die vom 2. Kongress der 3. (kommunistischen) Internationale aufgestellten Zellen zur Gewerkschaftsbewegung verpflichten die der kommunistischen Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zur Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Als Aufgabe dieser Zellen wird es in den Zellen unzweifelhaft bezeichnet, die Gewerkschaften in den Dienst der kommunistischen Parteiziele zu stellen. Damit werden diese kommunistischen Zellen zu Fremdkörpern, die nicht nur mit den in den freien Gewerkschaften jederzeit hochgehaltenen Grundrissen des Selbstbestimmungsrechtes aller Mitglieder unvereinbar sind, sondern darüber hinaus zur Zerstörung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung führen müssen.“

Die am 29. September 1920 verammelten Vertreter der Afa rufen deshalb alle Mitglieder der freien Angestelltenverbände auf, den Gewerkschaftsleuten der 3. (kommunistischen) Internationale und der von der Bildung kommunistischer Zellen in ihren Gewerkschaften drohenden Gefahr entschlossen entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Kampforganisationen zu wahren.

Der Afa-Vorstand und die Vorstände der angeschlossenen Verbände werden beauftragt, gegen Mitglieder, die diesem Beschlusse zuwiderhandeln, mit allen sachenmäßig zulässigen Mitteln vorzugehen.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. 3. A.: Der Vorstand. Kuffhäuser. Rillingen. Süß.

### Sitzung des erweiterten Beirats (Schluß)

Zum 2. Punkt der Tagesordnung führt Haase (Stuttgart) einleitend an, daß die in den verschiedenen Verwaltungen erscheinenden Mitteilungsblätter sich in dem Rahmen halten, der ihnen durch die Aufgaben des Verbandes zugewiesen sei. Eine Ausnahme mache das Berliner Blatt, das als Wochenbeilage zur Metallarbeiter-Zeitung erscheine und zurzeit als ein regelrechtes Gegenorgan der M.-Z. anzusehen sei. Mich. Müller habe seit seinem Ausscheiden aus der Redaktion der M.-Z. in der „Wochenbeilage“ eine Ablagerungstätte für seine Artikel gefunden. Die Artikel im Wochenblatt seien polemischer Art gegen Verbands-Einrichtungen, gegen die Taktik des Verbandes, gegen Vorstand und Redaktion; das zerstöre die Einheit und Schlagkraft der Organisation. Redner ersucht um einen Beschluß des Beirats, nach dem die Mitteilungsblätter der einzelnen Verwaltungen nur der Bekanntgabe örtlicher Interessen dienen dürfen.

Jiska (Berlin) schildert die Entstehungsgeschichte des Berliner Wochenblatts und betont, daß sich das Blatt nicht auf örtliche Mitteilungen beschränken könne, sondern für Berlin wichtige Fragen und Entscheidungen behandeln müsse. Redner bezweifelt, daß der Beirat bindende Entschlüsse fassen kann, nach denen die Mitteilungsblätter in bestimmter Richtung redigiert werden müssen. Es kann einzig in Betracht kommen, daß die Artikel nicht gegen allgemeine Grundsätze der Organisation verstoßen dürfen.

Brandes: Die Schaffung des Berliner Wochenblattes hatte ihre Berechtigung und erfolgte im Einverständnis mit dem Vorstand. Nicht angängig sei, daß das Blatt in letzter Zeit polemische Artikel gegen die Verbandsorgane und -zeitung bringe. Dazu sei die M.-Z. da. Wir würden, wenn das Berliner Beispiel Nachahmung fände, ein buntes Durcheinander haben, das schließlich zur Zerrüttung und Zerschlagung der Organisation führen müßte.

Eckert (Berlin): Die von Haase angezogenen Artikel von Müller hat Haase abgelehnt, in der M.-Z. zu bringen. Das Problem der Betriebsräte ist es wert, ausführlich behandelt zu werden. Das Berliner Wochenblatt hat mit der Aufnahme der Artikel kein Verbrechen begangen. Die Redaktion der M.-Z. hat es durch Aufnahme der Artikel in der Hand, das Erscheinen in der Wochenbeilage zu unterbinden.

Blund (Zwickau) wendet sich dagegen, daß in dem Wochenblatt Streitfragen erörtert werden und noch dazu in der Form, wie es Mich. Müller getan hat. Der in Frage kommende Artikel paßt nicht in die M.-Z. Diese wäre damit Streitorgan von Mich. Müller. Die Aufnahme von Artikeln im Berliner Wochenblatt sollte davon abhängig sein, ob sie polemischer Art sind und einen Streit im Verband auslösen.

Ufermann (Stuttgart): Artikel von Mich. Müller werden nicht generell zurückgewiesen, sondern ebenso aufgenommen wie andere, wenn Platz vorhanden ist und wenn sie sich zur Aufnahme eignen. Darüber zu entscheiden, muß natürlich der Redaktion überlassen bleiben. Die Aufnahme der strittigen Artikel ist abgelehnt worden von dem Gesichtspunkt aus, daß Müller sieben Monate Gelegenheit gehabt und diese ausgiebig benützt hat, in der M.-Z. seine Auffassungen zu propagieren. Wir hielten es daher nicht für opportun, daß schon wieder drei Artikel von Mich. Müller erscheinen. Auch müssen die Artikel sachlichen Inhalt haben; die M.-Z. darf kein Zummelplatz für persönliche Angriffe sein. Der Beirat sollte in dem Sinne eine Entscheidung fällen, daß die Mitteilungsblätter nur zu örtlichen Publikationen zu benützen sind.

Dixmann: Der Berliner Zustand ist unhaltbar. Im Wochenblatt erscheinen unter anderem auch polemische Artikel gegen solche in der Betriebsräte-Zeitschrift, von denen die Leser der Wochenbeilage keine Kenntnis haben. Man sollte nicht immer wieder und auf Schritt und Tritt versuchen, Gegensätze herbeizuführen. Die fertige geschickte Herausarbeitung von Gegensätzen wird Berlin eines Tages selbst zum Verderben werden.

Fetner (Berlin): Das Mitteilungsblatt von Berlin ist eine örtliche Angelegenheit. (Zuruf: Was sind örtliche Angelegenheiten?) Wir haben am Ort noch keine Beschwerde gehört, das Gesamtinteresse des Verbandes ist nicht gefährdet. Der Beirat hat kein Recht, über die Frage zu entscheiden. Tut er es und die Berliner richten sich nicht danach, dann müssen die Konsequenzen beachtet werden. Es ist folgende Resolution von Ufermann eingegangen:

Zur Frage der Herausgabe von örtlichen Mitteilungsblättern erklärt der erweiterte Beirat, daß polemische Artikel gegen die Verbandsorgane, den Vorstand und die Metallarbeiter-Zeitung nicht erscheinen dürfen. Der erweiterte Beirat glaubt, daß diese Maßnahme genügen muß, um die Herausgeber der Mitteilungsblätter dahin zu veranlassen, polemische Artikel in Zukunft nicht zu bringen. Sollte die Methode fortgesetzt werden, dann wird der Vorstand aufgefordert, einzugreifen, um die Herausgabe besartiger Blätter mit polemischem Inhalt zu verhindern.

Brandes: Wir sollten es bei der Aussprache belassen. Die Bevollmächtigten in Berlin haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß polemische Artikel zu unterbleiben haben. Redner ersucht die Berliner Kollegen, eine andere Stellung einzunehmen, als sie Fetner zum Ausdruck brachte. Wenn Vorstand und Redaktion Anstoß nehmen, müssen die Berliner Kollegen sich zur Verteidigung bereit erklären; es kann nicht jeder tun und lassen, was er will.

Die Redaktion zieht ihre Resolution zurück. Brandes erklärt, daß der Vorstand weitere Schritte unternehmen wird, wenn die Berliner nicht in dem gewünschten Sinne verfahren. Das einleitende Referat zum 3. Punkt der Tagesordnung über Beitragszahlung und Streikunterstützung hält Schäfer (Stuttgart): Als Kassierer befinden wir uns, Kollege Werner und ich, in ähnlichen Verhältnissen wie der Kassiermann in der M.-Z. Die Forderungen an die Hauptkasse nicht nur der Kassier, sondern auch der großen Verwaltungen werden immer größer; denen stehen wesentlich niedrigere Einnahmen gegenüber. Der Hauptkasse wird die Unterstützung von Verbandsmitgliedern, die ohne Einwilligung des Vorstandes zu unterzucht in längeren Darlegungen, wie gepart werden kann, und bringt eine Reihe von Vorschlägen über eine Verminderung der Verwaltungskosten und wie die Ausgaben des Verbandes infolge der Krise answachen werden. Um genügend Reserven zu haben und um etwaigen Verlusten der Unternehmer auf wirtschaftlichen Abbau der Löhne entgegenwirken zu können, hält Redner eine Erhöhung der Beiträge und eine Erhöhung der Streikunterstützung für unbedingt erforderlich.

An der Diskussion über diese Frage beteiligten sich u. a.: Müller (Zeitz), Blund (Zwickau), Fieber (Erlangen), Pauls (Magdeburg), Schulenburg (Karlsruhe), Haase (Stuttgart), Bernard (Frankfurt), Haase (Köln), Landgraf (Lüdingen), Jiska (Berlin), Schäfer (Halle), Landgraf (Weimar). Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Streikunterstützung wird von allen Rednern hervorgehoben, einzelne befrworten auch, eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Daß mit einer Erhöhung der Unterstüttungen der Beitrag erhöht werden muß, ist selbstverständlich. Aber den Weg der Erhöhung bestehen verschiedene Ansichten.

Verschiedene Beiratsmitglieder formulieren bestimmte Anträge. Vom Vorstand werden folgende Anträge vorgelegt:

Erhöhung der Streikunterstützung in der 1. Klasse von 86,- auf 60,- M pro Woche = 10,- M pro Tag  
= 2. „ = 22,50 „ 36 „ = 6 „ „  
= 3. „ = 12,- „ 24 „ = 4 „ „

Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in der 1. Klasse um 2,- M pro Woche  
= 2. „ = 1,50 „ „  
= 3. „ = 1,20 „ „

Zur Beschaffung dieser Ausgaben ist der Beitrag zu erhöhen in der 1. Klasse um 60,- M von 2,20 auf 8,- M  
= 2. „ = 50 „ = 1,20 „ 1,70 „  
= 3. „ = 20 „ = 0,50 „ 0,70 „

Diese Vorschläge sollen der Mitgliedschaft zur Abstimmung unterbreitet werden. Der Vorstand erwartet von dem gesunden Sinn der Mitglieder, daß sie den Vorschlägen zustimmen. In diesem Fall würde der erhöhte Beitrag ab 1. Januar 1921 in Kraft treten. Von Wallbrecht (Düsseldorf) ist folgender Antrag eingegangen:

„Der Vorstand beschließt mit Zustimmung des Ausschusses und des erweiterten Beirats, den bringenden Wünschen der Mitglieder auf Erhöhung der Streik- resp. Maßregelungsunterstützung Rechnung zu tragen, da bei dem gesunkenen Geldwert und der herrschenden Teuerung an ein Auskommen mit den jetzigen Sätzen der Unterstüttung, wie sie das Statut vorsieht, nicht zu denken ist. Es wird daher die Streik- resp. Gemäßregelungsunterstützung in der 1. Klasse von 6 auf 10 M pro Tag oder auf 60 M pro Woche usw. erhöht für alle Verwaltungen, welche durch Beschluß der Ortsverwaltung sich verpflichten, zu dem Beitrag der 1. Klasse von 2,20 M einen Extrabeitrag von 50 S pro Woche usw. mehr an die Hauptkasse abzuliefern.“

Die erhöhten Unterstüttungssätze treten einen Monat nach erfolgter Zustimmung der Ortsverwaltung zu der Beitragserhöhung in Kraft mit der Einschränkung, daß für die Streiks, welche am Tage der Zustimmung vorlagen, keine erhöhten Unterstüttungen gezahlt werden.“

Die Anträge des Vorstandes werden nach eingehender gründlicher Aussprache gegen 8 Stimmen angenommen. Eckert (Berlin) erklärt für sich und seine Freunde, daß sie nicht grundsätzlich gegen die Erhöhung der Beiträge sind. Sie erblicken jedoch in der Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung eine Durchbrechung der Verbandsbeschlüsse.

Dixmann bestreitet dies sächlich. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bedeute nur einen Ausgleich für die Erhöhung des Beitrags.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: Eisenwirtschaftsbund und referiert Schließel (Stuttgart): Die letzte Beiratsitzung hat die Teilnahme am Eisenwirtschaftsbund nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern beschlossen, bei Erfüllung gewisser Bedingungen mitzuarbeiten. Diese Bedingungen sind erfüllt und der Vorstand hat sich unter Vorbehalt, daß dies keine endgültige Regelung bedeute, an den Sitzungen beteiligt, und zwar als Konsumenten. Redner schildert den Gang der Verhandlungen an den Sitzungen und die von ihm gewonnenen Einbride. Als Vertreter der größten beteiligten Organisation hat der D. M. B. das Recht, den zweiten Vorsitzenden zu bestimmen, und der Verband hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die Notwendigkeit der Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund haben alle Kollegen, die an den Sitzungen teilgenommen haben, erkannt. Der Beirat muß sich heute grundsätzlich schlüssig werden, ob wir uns weiter beteiligen. Wenn wir die Angelegenheit beurteilen vom Gesichtspunkt des Kampfes für die Rechte der Arbeiterschaft, so müssen wir die Beteiligung fortsetzen.

Weimann (Düsseldorf), der als 2. Vorsitzender im Eisenwirtschaftsbund bestimmt wurde, schildert das Wirtschaftsleben in der Eisenwirtschaft, die Eingriffe des Krieges und die Preisentwicklung. Die Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund kann nur von praktischen Erwägungen aus beurteilt werden. Wir gewinnen vor allen Dingen Einblick in die verwinkelte und weitverästelte Industrie. Die Frage der Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie mit Eisen ist von ungeheurer Bedeutung. Der Eisenwirtschaftsbund übernimmt die Verteilung; noch mehr, er soll auch die Rohlenverteilung für die Erzeuger vornehmen. Wo eine Regelung in der Bewirtschaftung des Eisens möglich ist, sollen und müssen wir uns beteiligen im Interesse der Arbeiterschaft, die wir vertreten. Für uns ist der Eisenwirtschaftsbund auch eine Hochschule, wo wir für die spätere Übernahme der Produktion nur lernen können. Die Frage der Beteiligung darf nicht mit Schlagwörtern abgetan werden.

Jiska (Berlin): Die Frage der Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund ist grundsätzlicher Natur und kann nicht zwischen Tür und Angel erledigt werden. Wir betrachten den Eisenwirtschaftsbund als eine Arbeitsgemeinschaft. Der Eisenwirtschaftsbund arbeitet im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft; die Einrichtung ist geschaffen, um diese zu sanieren. Dies hat der Verbandstag abgelehnt. Nicht die Methode des Kampfes ist maßgebend, wer sich mitbeteiligt, wird mitverantwortlich. Wir haben keine Ursache, durch Beteiligung an einer solchen Einrichtung die Sterbestunde der Arbeitsgemeinschaften zu verlängern. Redner warnt vor dem beschrifteten Weg.

Eckert (Berlin) äußert sich in ähnlichem Sinne. Er bezeichnet die Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund als einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen und die Befolgung des 2. Vorsitzendenpostens als eine glatte Überumpelung des Beirats. Spiegel (Düsseldorf): Die Frage der Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund wird restlos die nächste Generalversammlung erledigen. Von Arbeitsgemeinschaft kann bei der Beteiligung im Eisenwirtschaftsbund keine Rede sein. Der Eisenwirtschaftsbund ist eine gesetzliche Einrichtung, die Beschlüsse werden mit Dreiviertelmehrheit gefaßt und die Regierungsvorsteher haben ein Einspruchsrecht. Mit Schlagwörtern beteiligen wir den Kapitalismus nicht.

Wohlfahrt (Stuttgart): Der Eisenwirtschaftsbund zu negieren, hieße Vogel-Strauß-Politik treiben. In Konsequenz der Berliner Gedanken dürfte kein Betriebsrat von den Unternehmern bezahlt werden. Wir wollen die soziale Revolution vorwärts treiben und müssen unsern Einfluß überall geltend machen, wo sich Gelegenheit bietet.

Duse (Bielefeld) beleuchtet gleichfalls die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eisenwirtschaftsbundes und fürchtet, daß die absichtliche Vertreibung der Berliner Kollegen der Verelendung der Arbeiterschaft Vorschub leistet.

Schäfer (Köln) schildert seine Mitwirkung im Metallwirtschaftsbund und betont auf Grund der dort gewonnenen Erfahrungen die Notwendigkeit der Teilnahme am Eisenwirtschaftsbund. Wenn tatsächlich die Mitarbeit einer teilweisen Abbau der Beschlüsse der Generalversammlung bedeuten würde, wäre dies absolut notwendig durch den unaufhaltbaren Entwicklungsgang der Weltgeschichte. Lieberich (Wesphal): Der Eisenwirtschaftsbund kann nicht unter den Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung über Arbeitsgemeinschaft fallen. Der Eisenwirtschaftsbund ist eine gesetzliche Körperschaft, ihre Beschlüsse sind bindend und ausfallgebend für die Wirtschaft. Wenn die Entwicklung andere Wehnen geht, dürfen wir nicht an grundsätzlichen Beschlüssen festhalten. Die Arbeiterschaft ist gezwungen, dauernd Kompromisse abzuschließen; das haben auch Lenin und Stalin gemacht.

geten. Unsere Stellung zum Parlament sei eine andere als zum Eisenwirtschaftsbund, sagt Hiska. Wer macht die Gesetze? Wer steht hinter der Regierung? Die wirtschaftlichen Faktoren, und wenn wir uns an diesen beteiligen können, müssen wir's tun. Auch in Berlin kann die wirtschaftliche Macht nicht von heute auf morgen erledigt werden. Den einstimmigen Beschluss der Bezirkskonferenz im 7. Bezirk auf Beteiligung am Eisenwirtschaftsbund können wir in die Waagschale werfen. Der Eisenwirtschaftsbund ist kein Instrument zur Sozialisierung, aber eine Vorstufe für Sachverhalte, die wir im Interesse des Proletariats ausbilden müssen.

**Dißmann:** Die Berliner Kollegen sagen, wir rücken ab vom Beschluss der letzten Generalversammlung und bewegen uns Arm in Arm mit Regien und Genossen. Das wird allmählich ein abgebräutes Schlagwort und mit persönlichen Anwürfen versehen wir sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht. Redner präzisiert seine Stellung auf dem Stuttgarter Verbandstag. Wir haben nie die im Interesse der Arbeiter notwendige Kleinarbeit bestreiten, sondern nur die gemeinsame Betätigung zur Förderung gemeinsamer Interessen von Kapital und Arbeit bekämpft. Damit hat der Eisenwirtschaftsbund nicht das geringste zu tun. Die Berliner können auf keinem Gebiet praktisch mitarbeiten, wenn sie bei ihrer falschen Stellung gegenüber dem Eisenwirtschaftsbund bleiben. Wenn wir im Eisenwirtschaftsbund mitwirken, geschieht es, um den Kampfplatz überhaupt zu betreten. Früher diktierten die Unternehmer allein, jetzt können wir ihnen in die Parade fahren. Wenn unsere oder einzelne Kollegen dort den Boden des Klassenkampfes verlassen, würden wir sie zurückrufen. Redner traut den Kollegen (sowie revolutionäres Mitglied) zu, daß sie nicht vergessen, was sie sind. Wie denkt ihr euch den Aufbau des Wirtschaftsliebenes? Ich habe mich schon oft gewünscht, daß Kollegen sich ausbilden und eine Wissenschafte verapflichten, die einen Hund jammert. Ein revolutionärer Sozialist sein, heißt nicht, mit Worten spielen, sondern sich praktisch betätigen.

**Hiska (Berlin):** Wir arbeiten nicht in organisationsförmendem Sinne; von diesem Gesichtspunkt aus dürfen grundsätzliche Gegenstände nicht betrachtet werden. Uns leiten die besten Absichten und keiner wird die Art an die gesunde Wurzel der Organisation legen. Den Weg zum einheitlichen Ziel finden wir nur durch sachliche Diskussion. Die gesamten Berliner Kollegen wollen die Organisation kräftigen; von diesem Gesichtspunkt muß unsere Kritik betrachtet werden.

**Dißmann** betont, daß ihm fernlag, Hiska persönlich nahe zu treten, und freut sich, daß er mit dem Vorstand die persönliche falsche, verletzende und zerstörende Kritik unterbinden will.

Gegen 6 Stimmen wird die Stellung des Vorstandes zum Eisenwirtschaftsbund gebilligt. Nachdem wir die Vertreter zum Eisenwirtschaftsbund einwandfrei selbst bestimmen und nachdem um die gleiche Forderung zum Reichswirtschaftsrat wurde, sowie im Hinblick darauf, daß wir unsere Vertreter jederzeit zurückrufen können, soll die Vertretung aufrecht erhalten werden unter voller Wahrung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung.

Über die technische Durchführung weiterer Berufskonferenzen wird der Vorstand der nächsten engeren Vertrauenskonferenzen berichtet.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung wird nach kurzer Debatte beschlossen, bei Abstrichen aus syndikalistischen oder unionistischen Organisationen die Anrechnung der früheren Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband nur noch dann vorzunehmen, wenn der Abstrich bis zum 31. Dezember 1920 erfolgt. Die Ortsverwaltungen sollen etwaige Mitglieder solcher Organisationen in ihrem Verwaltungsgebiet auf diesen Beschluss hinweisen.

Die Frage der Neubesehung der vakanten Sekretärstelle beim Hauptvorstand wird zurückgestellt.

**Hiska (Berlin)** berichtet über die Abkündigung von 11 Angestellten, über die in den Zeitungen erscheinende Berichte kommen. Disßmann gibt dem Bericht Kenntnis von den Einladungen der Delegierten zum Betriebsratelngreß zu einer Vorbesprechung, bei der rücksichtslos zum Ausdruck gebracht werden muß, daß wir im Sinne der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung arbeiten müssen. Nach anfeuernden Worten von Disßmann zur weiteren Mitarbeit zur Kräftigung der Organisation wird die Sitzung beendet.

### Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 24. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsrückzahlung
	I	II	III	
Burgstädt.	100	80	50	45. Beitragswoche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kassatorischer Rechte zur Folge.

**Anforderung zur Rechtfertigung:**  
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:**  
Der Schlosser Wilhelm Schäfer, geb. am 6. August 1870 zu Hohenleben, Mitgliedsbuch Nr. 333306. Schäfer wurde im Nr. 45/1911 für nicht wieder anrechnungsfähig erklärt und hat unter Verschweigung dieser Tatsache die neue Mitgliedschaft erlangt.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Hamburg:**  
Der Schlosser Willi Käting, geb. am 31. August 1877 zu Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 3011812, wegen Schädigung der Verbandskassette.

**Offentlich gerügt werden:**  
Auf Antrag der Verwaltungstelle Hirsch:  
Der Metallschleifer Bernhard Schwarz, geb. am 24. Juni 1867 zu Hirsch, Mitgliedsbuch Nr. 1334306;  
Der Metallschleifer Johann Sterneder, geb. am 4. Februar 1879 zu Hirsch, Mitgliedsbuch Nr. 1379017;  
Der Metallschleifer Friedrich Tröbinger, geb. am 12. Juni 1880 zu Hirsch, Mitgliedsbuch Nr. 1379304, öffentlich wegen Schädigung der Verbandskassette.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Göttingen:**  
Der Schmied Hubert Batschen, geb. am 2. Dezember 1891 zu Göttingen, Mitgliedsbuch Nr. 1572786;  
Der Schmied Otto Fraß, geb. am 10. September 1888 zu Hildesheim, Mitgliedsbuch Nr. 2783154;  
Der Former Ludwig Reichner, geb. am 11. April 1889 zu St. Johann, Mitgliedsbuch Nr. 877106;  
Der Former Gustav Ringels, geb. am 10. Oktober 1873 zu Hildesheim, Mitgliedsbuch Nr. 898921;  
Der Former Heinrich Schlichter, geb. am 8. Dezember 1889 zu Hildesheim, Mitgliedsbuch Nr. 1227099, öffentlich wegen Schädigung von Beschlüssen der Verbandsgewerkschaft.

**Angehörig werden nach § 23 des Statuts:**  
Auf Antrag der Verwaltungstelle Hirsch:  
Der Metallarbeiter Hermann Stemmer, geb. am 12. November 1891 zu Hildesheim, Mitgliedsbuch Nr. 3746789, wegen Streikbruch.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Göttingen:**  
Der Schmied Gustav Dombrowski, geb. am 8. März 1896 zu Arris (Johannisburg), Mitgliedsbuch Nr. 233506, wegen Streikbruch.

**Geföhlen wurde:**  
Mitgliedsbuch Nr. 1.452855, lautend auf den Dreher Wolfgang Bötner, geb. am 8. Januar 1892 zu München. (München.)  
Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

### Zur Beachtung! - Zugug ist fernzubalten:

von Formern und Gleiserearbeitern nach Göttingen (Göttinger Maschinenfabrik) M.; nach Neuh bei Düsseldorf (Rheinl.-Westf. Eisengießerei) D.;  
von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.;  
von Heizungsinstallateuren, Kesselinstallateuren und Helfern nach München Str.;  
von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Kinkel) D.; nach Bremen D.; nach Danzig St.; nach Göttingen D.; nach Wehren in Thüringen (Fa. Spannaus) D.; nach Langewiesen in Thüringen (Fa. Brandes de Noos) D.; nach Schmerda in Thüringen (Rheinisch-Westfälische Metallwarenfabrik) M.  
A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R. = Maßregelung; M. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schlußwort ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

### Berichte

#### Bauschlosser.

**Hin.** Die Geschichte eines Tarifvertrages. Am 20. September wurde mit der Freien Schlosserinnung in Köln ein Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Zustandekommen mit solchen Schwierigkeiten verbunden war, daß es von allgemeinem Interesse erscheint, die Arbeiterchaft von dem Gang der Verhandlungen zu unterrichten. Der bestehende Vertrag wurde seitens der Innung am 1. März zum 31. März gekündigt. Am 11. März reichten die Metallarbeiterorganisationen einen neuen Entwurf ein. Die erste Verhandlung fand am 25. März statt. Nach hundertlanger Verhandlung wurde die Sitzung vertagt. Am 9. April wurde weiter verhandelt, ohne daß es zur Einigung kam. Mit Schreiben vom 12. April wurde seitens der Innung bei den Verhandlungen zugesagt wieder rückgängig gemacht. Zwischen dem 12. und 13. April hatten die Schlossergesellen, des Wartens müde, eine neue Lohnforderung gestellt. Der Schlichtungsausschuß entschied am 12. Mai, daß die Parteien innerhalb 14 Tagen in eine neue Verhandlung eintreten sollten. Diese Verhandlung fand am 8. Juni statt und scheiterte an dem ungenügenden Entgegenkommen seitens der Meister. Wiederum mußte der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen werden. Dieser leitete am 23. Juni eine Lohnverhöhung ab, legte aber den Urlaub sowie die Zulagen bei auswärtigen Arbeiten fest. Die Einzelheiten bei der Gewährung des Urlaubs sollten die Parteien unter sich regeln. Letzteres geschah in einer Verhandlung am 16. Juli. Die Tarifangelegenheit war jetzt so weit, daß man annehmen konnte, die Unterzeichnung hätte vorgenommen werden können. Nunmehr stellte die Innung neue Anträge zur Aufnahme in den Tarif, von denen Annahme die Unterzeichnung abhängig machte. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Obmann der Innung die Sitzung aussetzte. Ein Vermittlungsversuch am anderen Tage beim Oermeister seitens der Organisationsvertreter blieb erfolglos. So wurde dem am 20. Juli der Demobilisierungskommissar angerufen, er möge den Vertrag für verbindlich erklären. Dem Antrage der Organisationsvertreter wurde nicht stattgegeben, sondern es wurde am 17. August mitgeteilt, daß der Spruch des Schlichtungsausschusses vom 23. Juni für verbindlich erklärt sei. Jetzt standen die Schlossergesellen wieder da, wo sie Ende März standen. Auf das Zustandekommen eines Tarifs wurde seitens der Gesellen kein großer Wert mehr gelegt, sondern sie forderten am 30. August eine Lohnverhöhung. Die Verhandlung fand am 15. September statt. Die Innung ließ durch ihren Obmann erklären, daß sie bereit sei, einen Tarifvertrag abzuschließen unter den Bedingungen vom 16. Juli. Eine Lohnverhöhung zu gewähren, sei die Innung außerstande, die Innung sei nicht dazu da, den Bauschlossern die Zuschüsse zu bezahlen usw. Die Antwort, welche seitens der Organisationsvertreter und der Lohnkommission den Herren Innungsmännern gegeben wurde, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Doch erst als der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Erklärung abgab, daß er bereits seit April die Streitigkeiten seitens des Hauptverbandes in der Tasche habe, schien man es doch für ratsamer zu halten, zu verhandeln. Die statischen Unterlagen seitens des D.M.V. mußte man anerkennen. Am 16. September kam es nun endlich nach sechsmonatlichen Verhandlungen zu einer Verständigung. Die Lohnforderung wurde reiflich bewilligt, in den anderen strittigen Fragen kam es durch das Entgegenkommen ebenfalls zur Einigung und so konnte dem am 20. September die Unterzeichnung erfolgen. Die Löhne sind wie folgt festgesetzt: Für Gesellen im 1. Jahre nach der Lehre 4 M., im 2. Jahre 4,50 M., im 3. Jahre 5,75 M., für länger im Fach tätige 6 M., für selbständig arbeitende 6,50 M. Für Hilfsarbeiter bis zum Alter von 15 Jahren 3 M., 16 Jahren 3,30 M., 17 Jahren 3,60 M., 18 Jahren 4 M., 20 Jahren 4,50 M., über 20 Jahre 5,25 M., für Beheimatete 5,75 M. pro Stunde. Sache der Kollegen ist es nun, den unter so schwierigen Umständen erzwungenen Tarif auf seine Durchführung zu überwachen und die weniger und noch fernstehenden der Organisation entgegenzuführen, damit sie für die Zukunft noch gewappnet dastehen. Die Zeit wird kommen, wo die Organisation notwendiger ist denn je!

### Rundschau

#### Die neue Reichsverordnung und die Pflichten der Betriebsräte.

Der zunehmende Druck des deutschen Imperialismus hat den Kapitalismus als Produktionsform zwar wesentlich angelehrt, aber im kapitalistischen System neue Formen des Fortschritts geschaffen. Ist der Kapitalismus nicht mehr imstande, mit seiner Fabrik Geld zu verdienen, so zerschlägt er die Maschinen, verkauft sie als Metalle und anferden die ganze Fabrik, deren Schutt und Piegel heute manchmal höhere Preise tragen, als wenn die Fabrik arbeiten würde. Die Zahl der Betriebsräte und der Entlassungen aus kapitalistischen Profitgütern hat bereits zu einer ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit, zum Verfall von Kofferten und Betriebsmitteln geführt. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium haben nun gemeinsam ein Verordnungs gegen solche Betriebsräte erlassen, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden ist. Im einzelnen heißt es in der Verordnung folgendes:

Die Verordnung sieht eine Anwartschaft für ganzen oder teilweisen Urlaub oder Entlassung von Betriebsräten und Arbeiterentlassungen vor.

Die Verordnung bezieht sich auf alle Betriebe, soweit sie nicht Reichs- oder Landesbetriebe sind, mit mehr als zwölf Arbeitnehmern. Die Verordnung will zunächst durch eine Sperrfrist von vier Wochen im Falle der Entlassung, von sechs Wochen resp. drei Monaten im Falle des Abbruchs einer überhäufteten Zerstörung der Betriebskräfte verhindern. Die Sperrfrist dient dazu, den Demobilisierungsbehörden Gelegenheit zu geben, Hilfsmassnahmen zu ergreifen.

Die Verordnung sieht zwar vor, daß die Demobilisierungsbehörden im Einvernehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat vorgehen sollen, doch werden selbstverständlich die Betriebsräte nur dort die Interessen der Arbeiterchaft und damit der Allgemeinheit wahren können, wo sie energisch und zielbewußt vorgehen und sich nicht von der Betriebsleitung an die Wand drücken lassen. Die Betriebsräte werden die Aufgabe haben, festzustellen, ob der Betrieb wirklich aus Rohstoffmangel oder aus Profitgier des Kapitalisten stillgelegt werden soll. Unter allen Umständen müssen sie dafür sorgen, daß dieser Verordnung entsprechend die Betriebsräte, besonders auch die Kohlenvorräte enteignet und nicht hintenherum verschoben werden. Die fürchterliche Situation des heruntergekommenen Deutschlands wird es nicht verhindern lassen, daß manche Betriebe stillgelegt werden. Die Arbeiterchaft wird nun dafür sorgen müssen, daß diese Verordnung, die doch nur ein wertloses Pflaster ist, soweit als möglich im proletarischen Sinne durchgeföhrt wird.

#### Einschränkung der Lohnpfändung.

Durch Gesetz vom 10. August 1920 (R.G.B. S. 1572) ist die Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 ab 1. Oktober wie folgt geändert:

1. Der Arbeitslohn bis zur Höhe von 5000 M. (früher 2500 M.) jährlich sowie ein Fünftel des Mehrverdienstes ist nicht der Pfändung unterworfen, sofern der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu zahlen muß. Für jede weitere zu unterhaltende Person erhöht sich der unpfändbare Teil des Lohnes um ein Zehntel, bis zu höchstens sechs Zehnteln des Mehrverdienstes.

2. Ist dies nicht der Fall, bleiben vorerst 4000 M. (bisher 2000 M.) jährlich und von dem überschüssenden Teil ebenfalls ein Fünftel von der Pfändung frei.

3. Übersteigt der unpfändbare Teil des Lohnes bei 1) die Summe von 9000 M. (früher 4500 M.), bei 2) den Betrag von 6000 M. (bisher 3000 M.), so unterliegt die Pfändung keiner Beschränkung mehr.

1. Beispiel: Einem Arbeiter mit 10000 M. Jahreslohn und drei unterhaltspflichtigen Personen dürfen nicht gepfändet werden: 5000 M. Grundbetrag + 1000 M. (1/5 des Mehrverdienstes) + 3000 M. (2/5 des Mehrverdienstes), zusammen also 9000 M. Der Pfändung unterliegen demnach nur 1000 M.

2. Beispiel: Ein unverheirateter Arbeiter ohne unterhaltspflichtige Personen verdient jährlich 15000 M. Unpfändbar sind: 4000 M. (Grundbetrag) + 2200 M. (2/5 des Mehrverdienstes) = 6200 M. Da aber nach Absatz 3 vorstehenden Artikels nur 6000 M. pfändungsfrei sind, verfallen die übrigen 200 M., insgesamt also 9000 M., dem Schuldner.

### Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

**Wahl und Aufgaben der Betriebsräte.** Von Dr. Hermann Schulz. Preis 11 M. Verlag: Jul. Springer, Berlin.

**Der wirtschaftliche Aufbau der Hanauer Eisenindustrie.** Von Dr. Ernst Thieme. Einzelverkauf 9 M. Verlag der S. Sauer'schen Buchhandlung, Tübingen.

**Die neue Steuerlegislation.** Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte, Handwerker. Von Walter Loeb. Preis 4,50 M. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung „Volkstimme“, Frankfurt a. M. — Der Verfasser sagt in seinem Vorwort, daß er es sich zur Aufgabe gemacht hat, im Gegensatz zu den bisher erschienenen Schriften diejenigen Punkte hervorzuheben, welche für die Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) und die Kleinwerkbetreibenden von besonderer Wichtigkeit sind. Das ist ihm durchaus gelungen.

**Die Freie Welt.** Illustriertes Wochenblatt der U.S.P.D. Die Sozialistische Gemeinde, Kommunalpolitische Zeitschrift der U.S.P.D. Beide Schriften erscheinen in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin.

**Der Neue Weltatember.** 45. Jahrgang. Preis 2,25 M. und ordentlichen Leuzungsausschuß. Samburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

Die Regierungen in ihrer Anwendung für gewerbliche Zwecke. Ein Hand- und Hilfsbuch für sämtliche Metallgewerbe von H. Ledebur, Geh. Bergrat und Professor. Fünfte völlig umgearbeitete und erweiterte Auflage mit 115 Abbildungen im Text. Preis brosch. 20 M., geb. 23 M. und 10 Prozent Leuzungsausschuß. R. Frahn, Verlagsbuchhandlung für technische Literatur, Berlin N. 10, Genthiner Straße 39.

**Aufgabenammlung für das Rechnen der Maschinenbauingenieure, Maschinen- und verbandten Berufe.** Von Viktor A. Gauder und Gemeinlehrer A. Zimmermann. II. Teil. Verlag von Golland & Jostenhans, Stuttgart.

Die Wirkungsweise und Konstruktion der ortsfesten Verbrennungsmotoren. Mit einem Anhang über die Gasturbine von Dipl.-Ing. Hans Wegner. Werte verbesserte Auflage, bearbeitet von Professor H. Michl. Preis 12 M. Verlagsbuchhandlung Oskar Reiner, Leipzig, Königsstr. 26 B.

### Verbands-Anzeigen

**Angestellte gesucht.**  
Lehrerbuch i. B. Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung sofort gesucht. Bednerlich und organisatorisch befähigt. Jahrl. Beitragstellung in der Organisation Vorbedingung. Gehalt nach dem Statut der Verbandsbuchhandlung mit billigen Leuzungsausschußen. Dienstjahre kommen eventuell zur Anrechnung. Respektiert wird auf gute Kraft. Bewerbungen schreiben bis spätestens 3. November an M. Siebe, Dresden-N., Poststr. 2, 1.

**Carveräden.** 2 Geschäftsführer für sofort gesucht, die mit Verwaltung und Kassengeschäften bewandert und rednerisch befähigt sind. Bedingung: 5jähr. Mitgliedschaft. Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Beruf, Alter und Familienverhältnisse mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 24. Oktober an den Kollegen Heinrich Wilhelm, Sophienstr. 23. Wilhelmshaven-Hüringen. Zum Geschäftsführer (1. Kassier) wurde Kollege Karl Schaper gewählt. Allen übrig. Bewerbern besten Dank.

**Maschinenbauer** tüchtiger (Handbauer), mit großer Kenntnisse, dorier vollkommen vertraut, bei gutem Lohn (einkl. Kost und Logis) gesucht. **Muskel & Kraft.** Hand- und mechanische Feilenhauerei, Metzger, Hermannstraße 16.

**Metallbrüder für Silberwaren** durchaus tüchtig gesucht. **Veraltete Silberwarenarbeiten.** Alt.-Schl. Düsseldorf.

**Waagschlosser,** tüchtige, selbständig arbeitende, auf Dezmal-, Laufgewichts- und Fahrwaagsmaschinen Reparaturen für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

**Druck und Verlag** von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 B.